Der Ortsvorsteher

im Ortsbeirat Gießen-Kleinlinden

Vorlage an den Ortsbeirat Gießen-Kleinlinden

Vorlagennummer: **OBR/2747/2015**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 18.05.2015

Amt: Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Aktenzeichen/Telefon:
Verfasser/-in: Norbert Herlein, Ortsvorsteher

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Ortsbeirat Kleinlinden		Entscheidung

Betreff:

**Zeitnahe schriftliche Beantwortung von Vorschlägen aus dem Ortsbeirat
- Antrag des Ortsvorstehers vom 16.05.2015 -**

Antrag:

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet die Oberbürgermeisterin der Stadt Gießen um Aufklärung darüber,

- ob es seitens des Magistrates der Stadt Gießen gewollt sei, dass Anträge der Ortsbeiräte in der Verwaltung der Stadt Gießen nicht zeitgerecht bearbeitet und trotz den Vorgaben der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte zeitnah – d.h. innerhalb von 6 Wochen nach Vorlage der Niederschrift der Ortsbeiratssitzung – nicht beantwortet werden?
- ob sich derartige Vorgänge nur auf den Ortsbeirat Kleinlinden beziehen?
- und ob es zutrefte, dass das Rechtsamt ein Gutachten erstellt habe, das die Aussage enthalte, dass derartige Zeitverzögerungen - aufgrund der Auslastung des Verwaltungspersonals durch die durch den Mängel-Melder der Stadt Gießen bedingten Beschwerden der Gießener Bürger - rechtlich zu vertreten sei?

Begründung:

Die Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte wurde im vergangenen Jahr 2014 bewusst verändert, so dass für die zeitnahe schriftliche Beantwortung von Vorschlägen aus den Ortsbeiräten festgelegt wurde, dass der Magistrat verpflichtet ist, „Vorschläge der Ortsbeiräte in einer Frist von sechs Wochen nach Vorlage der Niederschrift der Sitzung, in der der Vorschlag beschlossen wurde, schriftlich zu beantworten.“

Frau Bürgermeisterin Weigel Greilich führte nun – mehrfach in den Sitzungen des Ortsbeirates (zuletzt in der letzten Sitzung des Ortsbeirates im April dezidiert) aus – dass der Magistrat der Stadt Gießen und seine Verwaltungen dieser Fristsetzung nicht nachkommen könne, da auch bedingt durch die Einrichtung des Mängel-Melder die personale Kapazität der Verwaltung dieses nicht mehr zuließe. Da das Rechtsamt der Stadt Gießen auch - so Frau Weigel-Greilich - ausgeführt habe, dass bei Fehlen von personalen Ressource in der Verwaltung dieses zulässig sei, sind diese Aussagen von Frau Weigel-Greilich bewusst zu hinterfragen.

Aus der Sicht des Ortsvorstehers sind diese Aussagen von Frau Weigel-Greilich als nicht nur nicht nur problematisch und zugleich provokativ gegenüber den berechtigten Anliegen der Ortsbeiräte sondern zudem auch als eine Verletzung der Dienstpflichten der Exekutive gegenüber den Beschlüssen der Legislative zu betrachten.

Der Mängel-Melder der Stadt Gießen basiert in keiner Weise auf einer Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung und kann folglich in keiner Weise als Begründung zur Nichterfüllung der Verpflichtung des Magistrates gegen die Ortsbeiräte verwandt werden. Sollten folglich personale Ressourcen zur Beantwortung der Anliegen der Ortsbeiräte fehlen, so sind diese von den personalen Ressourcen für die Beantwortung der Nachfragen durch den Mängel-Melder zu entnehmen.

Auch durch eine verwaltungsbezogene Änderung der Pflichtaufgaben in den Dezernatsbereichen könnten sachgerechte Lösungen zur pflichtgemäßen Erfüllung der zeitgerechten Beantwortung von den Anliegen der gefunden werden.

Keinesfalls kann es jedoch von Seiten der Ortsbeiräte akzeptiert werden, dass Anfragen der Ortsbeiräte nicht zeitgerecht beantwortet werden. So muss für den Ortsbeirat Kleinlinden festgestellt werden, dass mehrere Anliegen über einen Zeitraum von mehreren Monaten nicht beantwortet wurden, ein Anliegen wurde hierbei – trotz mehrfacher Anmahnung im Ortsbeirat – über einen Zeitraum von nun mehr als zwei Jahren

Gez.

Norbert Herlein
Ortsvorsteher